Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 646. **Montag** den 19. December 1892. **86. Jahrgang**

Amtliche Bekanntmachungen.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 7. October d. J., die am 5. Mai 1855 in Wolkenburg geborene
Anna Marie verw. Bohme
betreffend.
Leipzig, am 14. December 1892.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt, Abth. IIIb.
A. R. IIIb, Nr. 1365. Hentschel. Wöller.

Bekanntmachung.

Am 18. November d. Jrs. ist in der Grube des nördlichen Abortes auf dem **Bahnhofe Corbetha** in eine Schürze gewickelt die **Leiche eines neugeborenen Kindes** männlichen Geschlechtes aufgefunden worden. Es besteht der Verdacht, daß die Mutter des Kindes eine am 16. November Nachmittags in Begleitung eines Mannes auf dem Bahnhofe Corbetha beobachtete Frauensperson ist. Dieselbe ist etwa 25 Jahre alt, hatte ein krankhaftes Aussehen und machte den Eindruck einer Kellnerin oder eines Schleifhandelmädchens. Der Mann hat ein etwa 1 Fuß langes und ½ Fuß breites, in gelbes Papier gehülltes Packet bei sich gehabt. Die gedachten Personen sind vermuthlich mit dem Zug um 1 Uhr 40 Min. Nachmittags mit dem Leipziger Zuge nach Corbetha gekommen und um 4½ Uhr Nachmittags wieder in dieser Richtung abgereist.

Alle Diejenigen, die über die Persönlichkeit der beiden Reisenden Auskunft zu geben in der Lage sind, werden ersucht, zu den Acten J. 2853/92 Mittheilung zu machen.

Naumburg a/S., den 9. December 1892.
Der Königliche Erste Staatsanwalt.
Lanz.

Politische Tagesschau.

* **Leipzig,** 18. December.

Am 15. December hat im Reichstagswahlkreise Stuhm-Marienwerder die Stichwahl zwischen Herrn von Donimirski (Pole) und dem freiconservativen Herrn Wessel stattgefunden. Das Ergebniß ist, daß Herr von Donimirski, wie schon gestern telegraphisch mitgetheilt wurde, mit 8423 Stimmen über Herrn Wessel, der 7330 Stimmen erhielt, gesiegt hat. Die Mehrheit für den polnischen Candidaten beträgt also 1093 Stimmen. Bei der Hauptwahl am 28. November waren 6914 polnische, 4073 freiconservative, 1558 conservative, 745 freisinnige, 523 socialdemokratische und einige zersplitterte Stimmen abgegeben worden. Mit Ausnahme des constituirenden norddeutschen Reichstags, im Jahre 1867, war der Wahlkreis ununterbrochen in deutschen, freiconservativen und nationalliberalen, Händen gewesen. Die Bevölkerung ist fast zu gleichen Theilen evangelisch und katholisch; da aber dem letzteren Bekenntniß auch eine ansehnliche Zahl Deutscher angehört, ist das deutsche Volksthum dem polnischen an Zahl überlegen. Wenn nun ein solcher Wahlkreis zum ersten Mal an die Polen fällt, so müssen wir dies zu den traurigsten und beschämendsten Ereignissen der an solchen nicht armen jüngsten Vergangenheit rechnen. Die Zwietracht und der Parteihaß nehmen eben bei uns in einer Weise überhand, daß nicht einmal mehr in einer Stichwahl der nationale Gesichtspunct die deutschen Wähler zusammenzuhalten vermag. Die Aufstellung eines hochconservativen Candidaten in einem Wahlkreise, der naturgemäß nur einem Vertreter aus den Mittelparteien zufallen kann, war der erste verhängnißvolle Fehler; sie hatte unvermeidlich die Aufstellung eines freisinnigen Candidaten zur Folge. Und wie es dann bei den Stichwahlen geht, nachdem sich die Parteien wochenlang im Wahlkampf herumgezerrt, das weiß man. Wer hat je gehört, daß die Polen, zumal in unsichern Bezirken, nicht einmüthig für einen einzigen Candidaten aufgetreten wären! Von den deutschen Ultramontanen wollen wir gar nicht erst reden; daß diese Hauptstützen der Reichspolitik von vornherein einem Polen vor einem Deutschen den Vorzug geben, ist man leider bereits gewöhnt. Ebenso wenig wird man sich noch wundern, daß die Socialdemokraten in solchen Fällen die Gegner ihren Kampf zum mindesten allein ausfechten lassen. Wenn aber selbst die Conservativen theils durch Stimmenthaltung, theils durch Stimmabgabe für Herrn v. Donimirski einem Polen das Mandat zuwenden, nur weil der deutsche Candidat ein Gegner des Volksschulgesetzes war, so ist das um so schärfer zu verurtheilen, je mehr gerade sie als die berufenen Vorkämpfer des „Deutschthums" sich geberden. Ueberraschen konnte diese Haltung der Conservativen freilich nicht. Gab doch die „Kreuzztg." vor einiger Zeit einem Eingesandt aus dem Marienwerder Wahlkreise Raum, das folgendermaßen schließt:

„Wie die Stichwahl ausfallen wird, darüber läßt sich schwer vorher ein Urtheil aussprechen. Sollte aber, was wahrscheinlich, Herr v. Donimirski aus der Wahlurne als Sieger hervorgehen, so trifft die Schuld hierfür einzig und allein die Führer derjenigen Partei, die, ohne die berechtigten Gegengründe auch nur anzuhören oder zu erwägen, in hochmüthiger Weise bei der mißliebigen Candidatur Wessel beharrte."

Mit andern Worten: wenn die Mittelparteien den Candidaten der hochconservativen Minderheit nicht acceptiren, hat letztere das Recht, den nationalen Gesichtspunct hinter das Parteiinteresse zurücktreten zu lassen. Die „Kreuzztg." ist mit dieser Auffassung anscheinend vollkommen einverstanden. Denn in der kurzen Bemerkung, welche sie zu dem Eingesandt macht, sagt sie nur, daß ihr „der Ton und die Schärfe, mit der die Gesetzgebung der letzten Jahre und die Regierung angegriffen wird, nicht überall begründet erscheint". — In der That, mit der Stichwahl in Stuhm-Marienwerder ist die neue Aera des Conservatismus würdig eingeleitet!

Die weitere Entwickelung des Panamaskandals, wie sie durch die Verhaftung der hervorragendsten Beamten der Panamagesellschaft gekennzeichnet wird, zeigt ein stark sensationelles Gepräge: Der Vergleich mit einem „Theatercoup", dessen sich oppositionelle Preßorgane bei Besprechung dieser neuesten Maßregel des Justizministers Bourgeois bedienen, ist in der That ein naheliegender, wenn man im Auge behält, daß an der Enthüllung der incriminirten Thatsachen in ihrer ganzen brutalen Nacktheit Niemand von denen, die jetzt das Heft in Händen halten, ein Interesse besitzt. Ob das Gericht oder die parlamentarische Untersuchungscommission die Sache verfolgt — in jedem Falle wird das Verfahren endlich an einem todten Puncte anlangen, wo der Faden sich zu einem unentwirrbaren Knäuel zusammenballt, oder, was noch bequemer wäre, den ihn haltenden Fingern entschlüpft. Wie sollte es auch anders sein! An der Corruption, von welcher der Panamaschwindel nur ein Symptom, wenn auch eins von der denkbar schlimmsten Sorte, ist, tragen nicht einzelne Persönlichkeiten, sondern das ganze System Schuld, das unter den Auspicien der auf Abwege gerathenen dritten Republik in Frankreich zur Herrschaft gelangt ist. Selbst wenn man dem Rattenkönig des Panamaschwindels bis in seine verborgensten Schlupfwinkel nachspürte und alles, was damit in Zusammenhang steht, an das helle Tageslicht zöge, würde die Unzufriedenheit, das Mißtrauen der öffentlichen Meinung ungeschmälert fortbestehen, so lange ihr nicht die Ueberzeugung zu Theil wird, daß einer Erneuerung solcher Skandalgeschichten Thür und Thor verschlossen sind. Es müßte also das System selber fallen, und mit ihm alle die, welche es heutzutage stützen und dafür wieder von ihm gestützt werden. Kann nun irgend jemand im Ernste den Nutznießern des gegenwärtig in Frankreich herrschenden Systems eine Selbstverleugnung zumuthen, die hart an moralischen Selbstmord streift? Das Höchste, was allenfalls in Aussicht stände, wäre die Opferung einiger besonders schwer belasteten Personen, und auch dies nur in dem Falle, daß letzteren keine Waffen zu Gebote stehen, die sie gegebenen Falls wider ihre gouvernementalen oder parlamentarischen Bedränger kehren könnten. Uebrigens sind die Grundlagen des politischen status quo in Frankreich dermaßen unterhöhlt und morsch, daß die geringste, auch unbeabsichtigte, Erschütterung mit den verhängnißvollsten Wirkungen droht. Alsdann dürfte der Panamaskandal, statt eines Nagels zum Sarge der dritten Republik, gleich der Sarg selber werden. — Vor der Hand glauben allerdings die Parteigänger der Regierung, die Republikaner, daß durch das energische Vorgehen von Ribot und Bourgeois die Gegner der Republik ihr Spiel verloren haben, und es scheint in der That so, als ob das Cabinet Ribot über den kritischsten Punct hinweg gelangt ist und seine Macht zunächst gerettet hat. Man betont, in Frankreich sei es immer so gewesen, daß entscheidende Beschlüsse in manchen Fällen mit außerordentlich knappen Mehrheiten gefaßt und doch behauptet worden seien. Wenn sich dann die Gemüther einigermaßen beruhigt hatten, so war es möglich, die Gefahr abzulenken. Augenblicklich hat das Cabinet auch dieses Mal dieses Ziel im Auge und darum die plötzliche, ganz ungewöhnliche Energie, mit der man Eindruck auf die Menge zu machen gedenkt. In Folge dieser Energie ist denn auch die parlamentarische Opposition für den Augenblick verschwunden. Der Abgeordnete Mège zog seine Interpellation wegen der Decoration von Cornelius Herz zurück und dankte unter allgemeinem Beifall dem Ministerium, welches die Untersuchung über den Fall Herz eingeleitet habe. Bis zum Schluß der gestrigen Sitzung war die Deputirtenkammer stark besetzt in Erwartung eines Antrages, der die Erlaubniß zur Verfolgung einiger Deputirten urtheilen sollte. Die sensationellsten Gerüchte schwirrten in den Kreisen der Abgeordneten durch einander. Die „Cocarde" behauptet, Bourgeois bereite ein Hochgericht gegen Deputirte und Senatoren vor wegen eines Complots gegen die Staatssicherheit. Die politischen Ausbeuter des Panamaskandals sollen verhaftet werden, besonders Constans. (!!) Der „Jour" erfährt, es sei im Gefängniß Mazas ein Dutzend Zellen eingerichtet für Mitglieder des Parlaments. Unzweifelhaft ist an diesen Gerüchten viel Unwahres, aber für den Stand der Dinge bezeichnend ist es, daß sie überhaupt entstehen können.

Papst Leo XIII. hat sich, wie gemeldet, an jener Encyklika „Humanum genus" gegen die Freimaurer, die er am 20. April 1884 an alle Patriarchen, Primaten, Erzbischöfe und Bischöfe des katholischen Erdkreises erlassen, nicht genügen lassen. Dem heiligen Stuhl war von jeher das Freimaurerthum ein Gegenstand sehr übertriebener Besorgniß. In unserem Jahrhundert hat es keinen einzigen Papst gegeben, der nicht die Maurerei verflucht hätte. Pius IX. hat gar in zwei pontificalen Kundgebungen den internationalen Bund geächtet, dem schwerlich die kirchenfeindliche Bedeutung zukommt, welche die Kurie ihm beilegt. Eifrig wie Pius IX. zeigt sich nun auch dessen Nachfolger, dem doch der Vorgänger durchaus nicht als Politiker und Diplomat vorbildlich gewesen. Die erste an die ganze Welt gerichte Encyklika ergänzt Leo XIII. durch eine nur an die Adresse Italiens gerichtete Warnung. Wenn der Papst nur gegen die Freimaurerei loszöge, insofern sie etwas Sectenhaftes hat. Der Papst steht ja nicht allein in Italien da in seinem Kampfe gegen das Sectenwesen, das aus der Zeit, in welcher Nacht über Italien lag, noch in unsere Zeit hereinträumert, in welcher die Bürger Italiens eine Freiheit genießen, die der Freiheit eines republikanischen Staatswesens gleichkommt. Aber warum vergißt Leo XIII., daß, wenn die Sectirerei in Italien noch nicht aufgehört hat, auch die Kirche Schuld daran trage, welche sich jenseits der Alpen wie eine Secte geberdet und nicht nur die moralischen, sondern auch die materiellen Grundlagen des modernen italienischen Staates zu untergraben sucht? Gewiß werden Viele in Italien, und Allen voran jener Ruggero Bonghi, der jüngst in einem offenen Schreiben an den Papst diesem vorgeschlagen hat, er möchte doch eine andere Politik Italien gegenüber einschlagen, mit Leo XIII. darin übereinstimmen, daß die Geheimnißtuerei ein unseres offenen und großen Zeitalters wenig würdiges Element der öffentlichen Ordnung sei. Aber wer thut geheimnißvoller als die Kurie, und wo thut sie geheimnißvoller als in Italien? Wir denken dabei nicht an jene unnahbaren heiligen Geheimnisse, ohne die eine Religion aufhören würde, Religion zu sein und die auch in dem Wesen der Kirche begründet sind. Aber hat die Kurie, welche gegen die Einheit Italiens conspirirt, ein Recht, über die angebliche Verschwörerrolle der Freimaurer zu klagen? Man sagt, daß in dem neuesten Sendschreiben des Papstes nicht nur der Geist, sondern sogar die Feder eines Jesuiten walte. Dieser Sohn Loyola's zieht nun los gegen die Kelle der Maurer. Da darf man doch an ein Wort erinnern, das sich in einer jüngst erschienenen „Frutti di Cenero" betitelten Sammlung von Aphorismen des venetianischen Schriftstellers C. A. Levi findet. Da heißt es: „Der Jesuit ist der Freimaurer der Tyrannis, der Freimaurer ist der Jesuit der Freiheit." Auch Bonghi klagt über das Sectenwesen. „Wenn ich," ruft er aus, „sagen sollte, was die Hauptschwäche der Italiener sei, so würde ich sagen: Die geringe Geistesfreiheit, welche die Secten uns lassen. Die Secte ist noch immer mächtig in Italien, vielleicht mächtiger als je. Auch der Katholicismus arbeitet nach Art der Secte." Nun soll die Freimaurerei von dem Jesuitismus zu Boden geschlagen werden. Die Italiener kennen die Bibel gut genug, um angesichts der Thatsache, daß sich der Papst diesmal einen Jesuiten zum Interpreten seiner gegen die Freimaurer gerichteten Ueberzeugungen auserkoren, zu sagen, daß sie sich nicht vom Teufel durch Beelzebub wollen austreiben lassen.

Wir haben schon in der letzten Nummer gemeldet, daß die „Daily News", das Hauptorgan der englischen Liberalen, einige Andeutungen über den Inhalt der neuen Homerule-Vorlage gebe. Heute berichtet der Telegraph darüber, die Vorlage werde sich von derjenigen des Jahres 1886 in Einzelbestimmungen und sogar in den Grundsätzen wesentlich unterscheiden. Irland werde in Westminster vertreten bleiben, aber die Zahl der irischen Abgeordneten werde beträchtlich vermindert werden. Die Vorlage werde die Bestimmung enthalten, daß, falls das Reichsparlament die irische Bodenfrage nicht binnen einer bestimmten Frist löse, deren Lösung dem irischen Sonderparlament mit den entsprechenden Bürgschaften gegen unbillige confiscatorische Gesetzgebung überlassen werden soll. Gleich nach der ersten Lesung der Homerule-Vorlage werde eine große englische Reformbill im Unterhause eingebracht werden. Zwischen der ersten und zweiten Lesung der irischen Vorlage werde nothgedrungen ein längerer Zeitraum liegen müssen; die Tagung werde jedoch nicht eher endigen, als bis gewisse Puncte des gesetzgeberischen Programms der Regierung erledigt sein werden. Diese Mittheilungen der „Daily News" verdienen bei der Stellung dieses Blattes zum Gladstone'schen Cabinet Beachtung. Die Freunde Homerules in England betrachten es als ein Gebot ausgleichender Gerechtigkeit, daß der Schmälerung des Einflusses des englischen Parlaments auf die irische Gesetzgebung eine Schwächung der Stimmenzahl der irischen Vertreter entspreche. Die Aufstellung einer bestimmten Frist zur Erledigung der irischen Bodenfrage ist wohl als die Erfüllung eines Wunsches Morley's zu betrachten. Unter der großen englischen Reformbill, die der irischen Homerule-Vorlage auf dem Fuße folgen soll, ist allem Anscheine nach die Wahlreform zu verstehen.

Berichte aus Petersburg lassen durchblicken, daß die Vorgänge in Frankreich die russischen Kreise etwas verstimmt haben und voraussichtlich auch auf die Schwärmerei für die russisch-französische Allianz einigermaßen von ernüchterndem Einflusse sein werden. Dies geht schon aus dem Mißmuth hervor, den die Verdächtigung, daß die „Moskauer Wjedomosti" mit französischem Gelde bestochen worden sei, hervorgerufen hat und der durch die Vertheidigung seitens des berüchtigten Publicisten Cyon und durch dessen Anspielungen auf den „Grafschania" womöglich noch gesteigert worden ist. Auch der „Pol. Corr." wird von „besonderer" Seite aus Petersburg berichtet, es verlaute in diplomatischen Kreisen, daß der Zar von den sich in Paris abspielenden Vorgängen unverkennbar einen überaus ungünstigen Eindruck empfangen habe. In jenen Kreisen, schreibt dieser Correspondent, die immer die wärmsten Befürworter eines engen Anschlusses zwischen Rußland und Frankreich waren, hege man die Besorgniß, daß dieser Eindruck möglicherweise nicht blos ein vorübergehender sein, sondern auf die fernere Gestaltung der Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich und speciell auf die Stellung des russischen Hofes zur Republik eine nachhaltige Rückwirkung ausüben werde. Von dieser Annahme oder Wahrnehmung bis zu der in manchen Blättern ausgesprochenen Vermuthung einer Wendung Rußlands zum Dreibunde ist allerdings noch ein weiter Weg. Wir möchten es daher als gewiß nur auf müßigen Vermuthungen beruhend bezeichnen, wenn der Mailänder in französischem Dienste stehende „Secolo" in Form einer Mittheilung aus Wien, die wahrscheinlich eine bestimmte Tendenz verfolgende Ausstreuung bringt, daß einem bei dem Botschafter Fürsten Lobanow stattgehabten Diner, dem hohe österreichisch-ungarische Staatsmänner, sowie Graf Nigra beiwohnten, eine besondere Bedeutung mit Rücksicht auf eine eventuelle Schwenkung Rußlands zum Dreibunde beigemessen werde.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin,** 18. December. Die Socialdemokratie agitirt augenblicklich mit Nothstandsinterpellationen. Nachdem die socialdemokratische Fraction im Reichstag sich entschlossen hat, eine solche einzubringen, haben auch die socialdemokratischen Stadtverordneten in Berlin geglaubt, nicht zurückbleiben zu dürfen. Wir haben bekanntlich erst vor Kurzem eine Nothstandsdebatte in der Stadtverordneten-Versammlung gehabt. Damals erklärte der Magistrat, daß keine Veranlassung vorliege, außergewöhnliche Maßregeln zu ergreifen; durch sogenannte Nothstandsarbeiten würden nur zahlreiche Arbeiter von auswärts nach Berlin gelockt. Wesentlich hat sich der Standpunct des Magistrats nicht verändert. Die socialdemokratischen Versuche, eine Enquete über die Arbeitslosen zu veranstalten, sind bald aufgestellt worden, und ein genaues Bild über die Arbeitslosigkeit läßt sich nicht gewinnen. Die Socialdemokraten werfen in ihren Versammlungen mit Zahlen um sich und lassen bald 80 000, bald 100 000 aufmarschiren. Die Zahlen sind selbstverständlich falsch. Außer den Bauhandwerkern, die immer um diese Zeit arbeitslos sind, dürften nur die Kaufleute die Zahl der Arbeitslosen stärker, als es sonst im Winter der Fall ist, vermehren. Bei den Kaufleuten ist die Nothlage freilich ganz besonders groß und die Meldung, daß 15 000 junge Kaufleute ohne Stellung sind, dürfte kaum stark übertrieben sein. — Der socialdemokratische Antrag will die Arbeitszeit der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf acht Stunden täglich festsetzen, um die hierdurch ermöglichte Anstellung einer größeren Zahl von Arbeitern zu bewirken. Der Antrag dürfte abgelehnt werden; es erscheint kaum möglich, daß die Stadt ihre Arbeiter nur 8 Stunden beschäftigen soll, während man in den übrigen Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit behält. Der Magistrat wird sicherlich Alles thun, um Arbeitsgelegenheit nach Möglichkeit zu gewähren, Arbeiten aber ausführen zu lassen, bloß damit gearbeitet wird, dazu dürfte um so weniger Veranlassung vorliegen, als, wie die letzten Einnahmen für die verschiedenen socialdemokratischen Fonds zeigen, hierfür von Berliner Arbeitern geradezu außerordentlich hohe Summen gekommen sind.

□ **Berlin,** 17. December. Der Führer der Unabhängigen, Verleger und Drucker des „Socialist", Wilhelm Werner, hat eine Anklage auf Grund des Preßgesetzes erhalten, weil er bei dem Abdrucke eines Artikels über die Meineidsfrage eine Fahrlässigkeit begangen. — Der Vorsitzende des Textilarbeiter-Verbandes, Petersdorf, befindet sich wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze (durch eine Rede über den Eid) in Untersuchungshaft. Außerdem ist Petersdorf, der ebenfalls den Unabhängigen angehört, jetzt wegen Aufreizung zum Classenhaß angeklagt worden. — Eine zweite socialdemokratische Genossenschafts-Bäckerei ist gestern eröffnet worden. Die Gründer sind einige aus der Bäckerbewegung bekannte Agitatoren, die in der älteren Genossenschafts-Bäckerei beschäftigt gewesen, dort aber entlassen worden sind. Sie appelliren ebenfalls an die „Genossen", die sie berücksichtigen sollen.

— Von den größeren, dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwürfen sind bis jetzt, außer den Steuervorlagen, diejenigen über das Auswanderungswesen und über den Verrath militairischer Geheimnisse, noch nicht in Angriff genommen worden. Der letztere ist erst ganz knapp vor dem Eintritt der Ferien eingegangen, der erstere liegt dem Reichstag schon seit dem 22. November vor. Schon die Zurückschiebung der Berathung des Auswanderungsgesetzes ist ein Anzeichen, daß dasselbe in der vorliegenden Gestalt im Reichstag auf schwere Bedenken stößt und wenig Aussichten hat, in dieser Session durchzudringen. In der That werden die ganzen, von der polizeilichen Erschwerung der Auswanderung handelnden Bestimmungen bei den meisten Parteien für unannehmbar gehalten.

— In diplomatischen Kreisen hieß es in der letzten Woche, der französische Botschafter Herbette wolle seinen Posten aufgeben; man nannte bereits den Gesandten in München, Barrère, als seinen Nachfolger. Herr Herbette ist ein intimer Freund des Herrn von Freycinet, an dessen Bleiben im Amte er auch das seinige knüpfte. Da der letztere in das neue Ministerium hinübergenommen wurde, ist auch von einem Scheiden des Herrn Herbette nicht mehr die Rede.

— Der neuernannte deutsche Botschafter am russischen Hofe, General von Werder, wird sich, wie officiös verlautet, Anfang Januar auf seinen Posten begeben.

— Ein zu Gunsten Ahlwardt's von den Steglitzer Antisemiten eingereichtes Gnadengesuch ist abgelehnt worden.

— Am Montag, den 19. d. M., findet im Reichsamt des Innern eine Sitzung des Reichsbankcuratoriums statt.

— Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das im Reichstage von Mitgliedern aller Parteien beantragte Nothgesetz zum Krankenversicherungsgesetz.

— Die Einladungen zur Hochzeit der Prinzessin Margarethe sind an den Kronprinzen und die Kronprinzessin von Griechenland thatsächlich ergangen; eine Antwort ist jedoch noch nicht eingegangen. In Hofkreisen betrachtet man, der „N. Pr. Ztg." zufolge, die Einladung als den ersten entgegenkommenden Schritt, um die Bestimmung, die der Uebertritt der Kronprinzessin zur griechisch-katholischen Kirche an maßgebender Stelle hervorgerufen, zu beseitigen.

— Anläßlich des neuen Falls Löwe schreiben freisinnige Blätter, daß die Firma Friedrich Krupp in Essen an Frankreich Kriegsmaterial liefere. Die „Berl. Pol. Nachr." können auf das Bestimmteste versichern, daß es seit Jahrzehnten unwiderruflicher Grundsatz der genannten Fabrik ist, an Frankreich nichts zu liefern.

— Obwohl die Ausgaben, welche die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften jährlich für die Unfallversicherung aufzubringen haben, gegenüber denen der gewerblichen Genossenschaften klein zu nennen sind, — betragen sie doch für das Jahr 1891 5,6 Millionen gegen 37,9 Millionen — so sind dieselben doch von Jahr zu Jahr in einer Weise gestiegen, welche deutlich zeigt, daß auch die Landwirthschaft für die Unfallversicherung im Beharrungsstadium beträchtliche Opfer wird bringen müssen. Im Jahre 1889, dem ersten, in welchem sämmtliche landwirthschaftliche Berufsgenossenschaften in Thätigkeit waren, betrug die Summe ihrer Ausgaben 1,7 Millionen. Im Jahre 1890 war sie bereits auf 3,4 Millionen, auf das Doppelte, gestiegen und nunmehr hat sie von 1890 auf 1891 wiederum um 2,2 Millionen zugenommen. Man ersieht auch aus diesen Zahlen, wie wichtig die staatliche Unfallversicherung für die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter ist.

— Der gelegentlich der Weltausstellung in Chicago beabsichtigte internationale Ingenieurtag, zu welchem auch die verschiedensten deutschen technischen und industriellen Vereinigungen Vertreter entsenden werden, wird in der Woche vom 31. Juli bis 5. August 1893 stattfinden.

— Der Oberbürgermeister von Berlin, Zelle, ist als lebenslängliches Mitglied in das Herrenhaus berufen worden.

— Rechtsanwalt Kirschner in Breslau hat sich nach der „Bresl. Ztg." telegraphisch zur Annahme des ihm übertragenen Bürgermeisteramtes bereit erklärt.

— Der Director des kaiserlichen Gesundheitsamtes, Dr. Köhler, liegt, wie wir schon mittheilten, schwer erkrankt daniieder. Sobald es die Umstände gestatten, will sich derselbe zu längerem Aufenthalt an die Riviera begeben.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

SLUB
Wir führen Wissen.